

Von Genossen meines Instituts bin ich sehr gedrängt worden, auch Stellungnahmen in der Öffentlichkeit abzugeben, die den Unwillen zur Lage und zu den erkennbaren Konsequenzen zum Ausdruck bringen. Und dieser Unwillen ist bei uns genauso vorhanden wie im IPW, im IML und in anderen Einrichtungen. Meine Genossen forderten mich auf, die Einberufung einer Parteikonferenz zu bewirken. Später forderten sie sogar einen außerordentlichen Parteitag.

Es ist meine Überzeugung, daß ich meine Meinung zuerst dem Zentralkomitee als dessen Mitglied vortragen muß. Das Zentralkomitee selbst muß - und zwar schnell - jene entscheidenden Schritte formulieren, die notwendig sind, um die Krise zu bewältigen und das Aktionsprogramm zu verabschieden.

Dies bedeutet, daß wir die Erneuerung in Richtung eines modernen Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus mitvollziehen müssen. Dazu sind jene Visionen auszuarbeiten, was unter modernem Sozialismus zu verstehen ist. Gegenwärtig sind die Vorstellungen noch sehr ungenau.

Laßt mich kurz zum Ausgangspunkt zurückkommen, zum Verhältnis Wissenschaft und Politik.

Natürlich ist das auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft besonders schwierig. Sie hat die Politik zu unterstützen, hat ihre Entscheidungen mit vorzubereiten. Sie kann sich um die Politik nicht herumogeln. Sie muß aber voll auf die Wahrheitsfindung konzentriert sein. Hier entstanden die meisten Gewissenskonflikte unter den Bedingungen unserer alten Parteihierarchiestruktur.

Obwohl ich mit Genossen Hermann Kant übereinstimme, man soll nicht rückwärts sehen, sondern mithelfen, die neuen Positionen zu bestimmen, muß ich, um den Führungsstil der führenden Parteiorgane in der Vergangenheit zu charakterisieren, einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Dabei geht es darum, nicht jene Fehler zu wiederholen, die in den Strukturen, die die innerparteiliche Demokratie verletzten, eine ihrer Ursachen haben.

Der Parteiführung ist bekannt, daß wir im Jahre 1974/1975 erstmals die Partei vor dem eingeschlagenen Kurs der Wirtschaftspolitik und ihrer Fortführung auf den IX. Parteitag ausdrücklich, massiv und begründet gewarnt haben. Das betraf sowohl die nicht realisierbare Zielsetzung als auch die negative Entwicklung der produktiven Akkumulation und die Überhöhung der Konsumtion, und das betraf auch die Subventionen sowie die Struktur- und Verschuldungspolitik. In dieser prinzipiellen Position haben wir deutlich gesagt, daß diese Wirtschaftspolitik nicht aufgehen kann. Später erfolgte durch uns nochmals eine Warnung, die Genosse Krenz erwähnt hat.